

DIESE GRÜNEN!



MILLIONENSPRITZE UND DOCH SCHULDEN OHNE ENDE

■ GEBÄUDESANIERUNG NUN DOCH NICHT NUR FÜR STÄDTISCHE SCHULEN

Im Rahmen des Konjunkturpakets II hat die Bundesregierung Geld bereit gestellt, das die Städte und Gemeinden für Investitionen in Bildung und Infrastruktur verwenden sollen, vor allem, um den CO₂-Ausstoß zu mindern und die Energieeffizienz zu erhöhen. Wuppertal stehen 42,5 Millionen Euro zu, um die Konjunktur auf diesem Weg anzukurbeln.

Die Sanierung vieler Schulgebäude ist dringend notwendig. Allerdings wollte die Verwaltung ausschließlich städtische Einrichtungen berücksichtigen. Freie Träger sollten leer ausgehen. Eine Lawine an Protesten brach los – zu Recht. Die GRÜNE Ratsfraktion stellte sich an ihre Seite und forderte, freie Träger bei der Gebäudesanierung mit einzubeziehen. Dies entfachte eine Debatte und brachte schließlich die Wende des städtischen Denkens. In der Ratssitzung am 30.03.09 erklärte sich der Oberbürgermeister bereit, auch Anträge für die Sanierung von Ersatzschulen mit aufzunehmen, sofern diese die Voraussetzungen erfüllten. Diese Aussage des Oberbürgermeisters wird die GRÜNE Fraktion in den nächsten Wochen auf ihre Belastbarkeit hin überprüfen. Denn klar ist – um nur einige zu nennen – bei der St.-Anna-Schule,



Auch die Troxlerschule hat nun eine Chance auf energetische Sanierung

der Rudolf-Steiner-Schule oder der Christian-Morgenstern-Schule besteht ebenfalls ein hoher Sanierungsbedarf. GRÜNE wollten, dass alle gestellten Anträge eine Chance auf Realisierung bekommen, denn gerade die Wuppertaler freien Träger leisten eine wichtige, unverzichtbare Aufgabe in der sozialen

Stadt. Dies gilt sicher auch für Einrichtungen wie den CVJM Oberbarmen, der in einem schwierigen Stadtteil eine hervorragende Arbeit macht. 42 Millionen Euro sind eine Menge Geld. Trotzdem ist der Betrag, den die Bundesregierung bereitstellt, für die Stadt Wuppertal lediglich ein Tropfen

auf den heißen Stein. Auch nach der Sanierung der Gebäude lastet auf der Stadt Wuppertal eine Schuldenlast von 1,5 Milliarden Euro, das sind über 4250 Euro pro Person. Und es völlig unklar, wie die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger aus dieser Schuldenfalle je wieder heraus kommen sollen.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir danken Ihnen herzlich für die vielen guten Wünsche zu unserer 75. Ausgabe, sie bestärken uns in unserem Engagement für ein lebenswertes Wuppertal und die nächsten 75 Ausgaben unserer Fraktionszeitung.

Erst am 26. Mai entscheidet das Landesverfassungsgericht, wann Sie bei der Kommunalwahl Ihr Kreuz machen können.

Mehr dazu finden Sie in dieser Zeitung. Lesen Sie außerdem, was Ikea in Wuppertal plant, was es mit radioaktiver Strahlung in städtischen Gebäuden auf sich hat und was der GRÜNE „New Deal“ bedeutet.

Und: Nutzen Sie Ihr Recht auf Mitbestimmung in Europa! Am 7. Juni 2009 ist die Europa-Wahl.

Ihr Redaktionsteam

ANZEIGE

Ein Film von ERWIN WAGENHOFER

Let's make MONEY

VOM WAHNSINN, DER METHODE HAT

im CinemaxX Wuppertal

Bundesallee 250

17. Mai 2009, 11:00 Uhr

anschließend
Diskussionsrunde mit

Die Globalisierung
Die Finanzkrise
Die Folgen

Eintritt
frei!

Sven Giegold

ATTAC-Mitbegründer und
Europawahlkandidat von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KREISVERBAND WUPPERTAL

www.gruene-kvwuppertal.de

DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN!

– IN DER WUPPERTALER POLITIK NOCH LANGE EIN WUNSCHTRAUM

Eine neue Studie der GRÜN-nahen Heinrich Böll-Stiftung NRW zur Kommunalpolitik weist nach: Je höher die Hierarchie, desto weniger Frauen sind vertreten. Die Studie erstellte erstmals für Deutschland ein Gender-Ranking, mit dem erhebliche Unterschiede zwischen den Großstädten nachgewiesen werden.

So nimmt München mit 47,5 Prozent weiblicher Ratsmitglieder den Spitzenplatz ein, während Wuppertal sich mit einem Anteil von nur 28,4 Prozent weiblicher Stadtverordneter weit abgeschlagen am unteren Ende der Skala befindet.

Wuppertal, das geht aus der Studie hervor, ist in puncto Gleichstellung in der Politik noch ein Entwicklungsland, denn mit Platz 69 von insgesamt 79 Plätzen belegen wir einen der hintersten Plätze im Gender-Ranking. Wir GRÜNEN finden es sehr bedauerlich, dass Frauen in der Wuppertaler Politik noch immer kaum in Spitzenpositionen gelangen. Eine Ursache dafür liegt darin, dass im Ratssaal der Stadt überhaupt zu wenig Frauen Platz nehmen. Der prozentuale Anteil an weiblichen Stadtverordneten ist bei den Wuppertaler Fraktionen sehr unterschiedlich. Während bei der SPD immerhin

noch 38,1 Prozent der Stadtverordneten Frauen sind, sind es bei der CDU nur noch 25 Prozent. Ganz steinzeitlich sieht es bei der FDP und den WFW aus, die glauben, ganz ohne Frauen im Rat auskommen zu können. Lediglich bei den GRÜNEN ist Geschlechtergerechtigkeit nicht nur ein leeres Versprechen: Bei uns sind 55,5 Prozent der Stadtverordneten – fünf von neun – Frauen. Und auch in der nächsten Legislaturperiode werden wir mindestens so viel Frauen wie Männer in den Rat entsenden.

Platz 1 im Gender-Ranking würde Wuppertal gut stehen, es wäre darüber hinaus auch ein echtes Aushängeschild für die Stadt.

Für die nähere Zukunft wünschen sich die GRÜNEN, dass Wuppertal von Platz 69 des Gender-Rankings mindestens ins Mittelfeld aufrückt.

Dafür müssen aber die anderen im Rat vertretenen Parteien umdenken und mehr Frauen in die erste Reihe lassen. Angesichts der aufgestellten KandidatInnen für die Kommunalwahl wird das allerdings leider nur ein Wunsch bleiben.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

AUS DEM INHALT

Seite 2
Taxifahrten für behinderte
Schulkinder gestrichen

Seite 3
20 Jahre GRÜNER
Beigeordneter Bayer

Seite 4
Genossenschaft Ostersbaum

Seite 5
Kommunalwahltermin:
GRÜNE und SPD klagen

Seite 5
Nordbahntrasse beschlossen

KOMMENTAR: STADT SPART AN SCHÜLERFAHRKOSTEN

■ FÜR BEHINDERTE KINDER

Seit September 2008 hagelt es zum Entsetzen von Eltern behinderter Kinder ablehnende Bescheide zur Übernahme der Schülerfahrkosten. Die Stadt Wuppertal will, entgegen ihrer bisherigen Praxis, nur noch die Kosten für ein Schokoticket oder gegebenenfalls 13 Cent je gefahrenem privaten Kilometer erstatten.

Ziel ist es, die Kosten für einen „Schülerspezialverkehr“, egal ob „Sonnenschein-Bus“ oder Sammeltaxi einzusparen. Es geht um ca. 40 betroffene Familien mit zum Teil schwerst mehrfach behinderten Kindern und einer angestrebten Einsparung von rund 170.000 Euro. Zur rechtlichen Bewertung ist anzumerken, dass weder ein Gesetz noch die Schülerfahrkostenverordnung (SchfKVO) geändert wurde. Auch sind die Schülerfahrkosten eine Pflichtaufgabe der Kommune.

Wieso also werden Anträge abgelehnt, die zuvor jahrelang bewilligt wurden? In den Paragraphen 15 und 16 SchfKVO wird geregelt, dass bei schwerer Behinderung des Kindes und entsprechenden schwierigen Familien- und Lebensumständen die Kosten bis hin zu einem Taxitransport übernommen werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zunächst generell die Eltern für den Schulweg ihres Kindes zu sorgen haben (z. B. durch Nachbarschaftshilfe, Fußweg oder Busfahrt). Diese allgemeine Zumutbarkeit wird nun von der Stadt stärker eingefordert und die Verordnung restriktiver ausgelegt – eine wahre Zumutung für die Eltern. Der zum Nachteil der Eltern genutzte Ermessensspielraum der Verwaltung erzeugt unbillige Härten. Es ist nicht nachzuvollziehen, wieso die langjährige bewährte Entlastung betroffener Familien nun nicht mehr genehmigt werden kann. Schon

früher wurde sehr genau geprüft und auch nur in Ausnahmefällen bewilligt. Ein solcher Fall liegt vor, wenn es aufgrund der Schwere der Behinderung unzumutbar ist, das Kind selbst mit dem ÖPNV fahren zu lassen. Ebenso sind die Lebensumstände der Eltern zu berücksichtigen, z. B. wenn beide Elternteile berufstätig sind. In einem solchen Fall mutet nun die Verwaltung der „Frau und Mutter“ zu, ihre Berufstätigkeit aufzugeben oder eine Tätigkeit mit anderen Arbeitszeiten zu suchen. Dies ist nicht nur aus Gender-

Perspektive eine unverhältnismäßige Forderung. Die Entlastung von Eltern behinderter Kinder ist ein wichtiger sozialrechtlicher Auftrag der Stadt. Im Prinzip müsste nun das Sozialamt in Härtefällen den „Schülerspezialverkehr“ im Rahmen der Eingliederungshilfe – Paragraph 53 ff. SGB XII – finanzieren. Da dies immer nachrangig zum eigentlichen Leistungsträger (Stadtbetrieb Schulen) erfolgt, müsste nun das Sozialamt das benachbarte Amt der eigenen Stadtverwaltung auf Leistungserbringung verklagen. Dies

wäre doch mal eine außergewöhnliche Konstruktion, wenn sich die Stadt quasi selbst verklagen müsste. Es besteht dringender Abstimmungsbedarf auf Amtsleiter- und Dezerentenebene.

Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund des Entbürokratisierungsgesetzes die Eltern nun direkt gegen die ablehnenden Bescheide klagen müssen. Viele Eltern scheuen ein Prozessrisiko, das bereits in der ersten Instanz rund 800 Euro kostet. Ganz zu Schweigen von der Nervenbelastung, die solche Schicksalseltern oftmals nicht mehr aufbringen können.

Handicap e. V. betreibt bereits eine Musterklage.

Zur politischen Bewertung: Diese Sparpolitik kann nur als Rückschritt betrachtet werden. Da kommen ein „neuer“ dynamischer Sachbearbeiter und ein „noch-nicht“ Schuldezernent daher und sabotieren die über Jahre erarbeiteten Fortschritte in der Behindertenhilfe (z. B. im Bereich der schulischen Integration). Es ist den Entscheidungsträgern in der Verwaltung anzuraten, die 2002 von der Stadt unterzeichnete „Barcelona-Erklärung“ zur Kenntnis zu nehmen. Ebenso sind alle Verwaltungsvorschriften und Verordnungen im Geiste des Behindertengleichstellungsgesetzes zu betrachten und mit Fingerspitzengefühl anzuwenden. Handicap e. V. setzt darauf, dass die eigene Partei des „übereifrigen“ Schuldezernenten diese unsoziale Verwaltungspraxis abstellt.

G. Paul-Roemer,
Dipl.-Sozialwissenschaftler
handicap e. V. - Sozialrechtsverein
Schreinerstr. 16
42105 Wuppertal
Tel.: 0202 / 7580090
www.handicap-wuppertal.de



DIE HALFTE DER FRAUEN

FORTSETZUNG VON SEITE 1

In anderen Ländern wie Norwegen haben solche Vergleiche oder Gender-Rankings schon eine lange Tradition, um einen Wettbewerb zwischen den Kommunen zur stärkeren Berücksichtigung von Fraueninteressen zu initiieren – mit Erfolg. Wuppertal hat viel aufzuholen.

Die Studie können Sie aus dem Internet beziehen unter folgendem Link: www.boell-nrw.de/pics/images/UnterrepräsentanzStudie.pdf

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Harald Bayer,
Bettina Brücher, Klaus Lüdemann, Marc Schulz

Gastbeiträge und Kommentare:
Gottfried Paul-Römer,
handicap e. V. - Sozialrechtsverein

Jens Wilhelm, Wuppertalbewegung

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Herderstraße 1,
42327 Wuppertal

Auflage: 30.250

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-
Ebert-Str. 109-111; AStA, Berg, Universität;
Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-
Straße 109-111; BUND, Luisenstraße 108;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner
Straße; Die Färberei, Stennert 8; Forum
Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold,
Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

MIT ODER OHNE BESONDEREN FÖRDERBEDARF

KINDER VERDIENEN DOPPELT SO VIEL GEMEINSAMEN UNTERRICHT

Wenn Sie an Schule denken, hätten Sie dann auch an die Förderschulen gedacht? Auch sie gehören dazu, gelten aber als Katakomben des Bildungssystems. Das ist erschreckend, fast jedes zwanzigste Kind in Deutschland besucht eine Förderschule. Das Image dieser Schulform ist überwiegend negativ. SchülerInnen müssen mit dem Stigma leben, das man ihnen anklebt. Selten führt der Förderschulabschluss direkt in einen Beruf, obwohl die LehrerInnen bemerkenswerte Arbeit leisten und versuchen, die systembedingten Schwächen durch Engagement auszugleichen. Allein die Existenz von Förderschulen zeigt: Kinder mit besonderem Förderbedarf werden aus den Regelschulen ausgeschlossen. Anstatt sie zu fördern, werden sie geschont. Dabei wären ihre Bildungschancen in heterogenen Lerngruppen vielleicht besser. Doch es gehört zu den wesentlichen Merkmalen des deutschen Bildungssystems, Kinder so früh wie möglich in eine „Schulschulblase“ einzusortieren, aus der sie nur in den seltensten Fällen ausbrechen können. Noch größer ist dieses Problem bei den Förderschulen. Auch deshalb ist es umso wichtiger, genügend Angebote für gemeinsamen Unterricht der Kinder mit und ohne besonderen Förderbedarf in den Regelschulen zu

machen. Es gibt momentan etwa eine halbe Millionen Kinder mit besonderem Förderbedarf in Deutschland. Nur etwa 15 Prozent von ihnen bekommen einen Platz in einer allgemeinen Schule. Um Bildungschancen zu erhöhen und Ausgrenzung zu vermeiden, gilt es, die Zahl dieser Plätze in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen.

In Wuppertal fordern die GRÜNEN daher eine Verdopplung des Angebots bis 2012. Ein Antrag zur Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung wurde im Rat am 30.03.09 von CDU und SPD wegen Nichtzuständigkeit für erledigt erklärt. Aber auch das Land ist in der Pflicht. Der gemeinsame Unterricht muss deutlich besser ausgestattet werden, vor allem personell. Der bisherige Weg der Landesregierung, die Arbeit im gemeinsamen Unterricht zu erschweren, um die Förderschulen zu stabilisieren und zu isolieren, ist nicht länger haltbar und missachtet, dass die meisten Eltern sich wünschen, dass ihre Kinder auch mit besonderem Förderbedarf mit anderen Kindern gemeinsam in der Regelschule lernen. Verantwortungsvolle Schulpolitik bedeutet, sowohl den Elternwillen als auch UN-Konventionen zu achten. Beides spricht für mehr gemeinsames Lernen in allgemeinen Schulen.

KREBSGEFAHR IN DER RAUMLUFT?

■ IN VIELEN ÖFFENTLICHEN GEBÄUDEN SCHWEBT ZUVIEL RADIOAKTIVES GAS

Wer einmal in Gebäuden gearbeitet hat, von denen später bekannt wurde, dass sie asbestverseucht waren, kennt das mulmige Gefühl. Bei Radon, einem natürlichen radioaktiven Edelgas, ist es ähnlich. Man spürt es nicht, aber es ist da – und nach dem Rauchen die zweithäufigste Ursache für Lungenkrebs.

Dieses Radon kommt in vielen städtischen Gebäuden in viel zu hoher Konzentration vor. Das hat ein Gutachten ergeben, das nun auf dem Tisch liegt. Die Sorge um Radon hat bereits eine Vorgeschichte. Eine deutschlandweite Kartierung zur Konzentration von Radon in Bodenluft ließ im Jahr 2004 auch für bestimmte Bereiche in Wuppertal eine erhöhte Belastung vermuten. Harald Bayer als damaliger GRÜNER Umweltdozent hat darauf unmittelbar reagiert und 2005 eine Radonkartierung für das Stadtgebiet veranlasst. Das Ergebnis wurde 2007 in Form einer Radonpotenzialkarte veröffentlicht. Außerdem wurden weitere Messungen in öffentlichen Gebäuden wie Kindergärten und Schulen empfohlen. Nun liegt also das entsprechende Gutachten dazu vor.

Grenzwerte überschritten – unbedingt lüften

Die Messergebnisse aus 182 öffentlichen Gebäuden haben ergeben, dass in nahezu allen untersuchten Gebäudegruppen hohe Radonwerte vorkommen können. In der Hälfte der Gebäude wurden Konzentrationen über dem so genannten Zielwert der Bundesregierung (100 Becquerel pro Kubikmeter, kurz Bq/m³) gefunden. Bei 44 Prozent der untersuchten Gebäude lagen Werte zwischen 100 und 1000 Bq/m³. In sechs Prozent der Gebäude wurde sogar eine Konzentration von über 1000 Bq/m³ gemessen. Ein solcher Alarm-Wert bedeutet, dass man dringend sanieren oder eingreifen muss. Das Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, nimmt aber schon ab einem Mittelwert von 140 Bq/m³ zu, wenn man dieser Belastung über viele Jahre hinweg ausgesetzt ist.

Die Gutachter empfehlen zur Klärung des weiteren Sachverhalts zusätzliche Untersuchungen und regelmäßiges Lüften, um die Luftbelastungen zu reduzieren. Die GRÜNEN haben in der Sitzung des Rates am 30. März eine Anfrage zu den Gesundheitsgefahren durch Radon gestellt und gefragt, wie die Verwaltung die Ergebnisse des Gutachtens im Hinblick auf die Gesundheitsrisiken bewertet, welche Konsequenzen sie daraus zieht und wie sie die städtischen Kindergärten, Schulen,

Jugendzentren und Bildungsstätten über die Risiken und die erforderlichen Maßnahmen informieren will. Außerdem ist die Frage, wie die nicht-öffentlichen Träger und privaten Haushalte aufgeklärt werden.

Die Verwaltung hat geantwortet, dass eine Sanierung oder Schließung von Räumen nicht nötig sei, verwies aber auf die notwendige regelmäßige und intensive Lüftung der betroffenen Aufenthaltsräume. Dazu soll es eine Informationsoffensive geben. In besonders betroffenen städtischen Einrichtungen wolle man persönlich informieren. Eine gesonderte Information der betroffenen nicht-öffentlichen Träger und der Privathaushalte über die bisherigen Medien- und Internetveröffentlichungen der Stadt hinaus hält die Stadt laut Aussage des zuständigen Beigeordneten Meyer für unnötig. Das sehen DIE GRÜNEN anders. Jede und jeden Betroffenen gehen die Risiken und möglichen Gegenmaßnahmen etwas an. Wir planen entsprechende Initiativen und bleiben am Ball!

Weitere Informationen erhalten Sie auf folgender Internetseite:

www.wuppertal.de/rathaus_choerden/radon.cfm

WUPPERTALER UMWELTPOLITIK IM RÜCKWÄRTSGANG

■ 20 JAHRE UMWELTSCHUTZ MIT HARALD BAYER SIND VORBEI

Am 27. Februar 1989 hat der Wuppertaler Rat Harald Bayer zum ersten Umweltschutzdezernenten der Stadt gewählt, fünf Jahre nachdem die GRÜNEN erstmals in den Rat einzogen. So bekam der Umweltschutz in der Verwaltungsspitze nicht nur ein Gesicht, sondern gleichzeitig auch mehr Gewicht. Mit Harald Bayer bekamen Wälder, Gewässer, Landschaften und freie Naturflächen einen profilierten Beschützer. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen und den GRÜNEN sorgte er beispielsweise dafür, dass das Ackermann-Wäldchen in Vohwinkel, der Laaker Teich in Langfeld, das Hohenhagener Bachtal in Cronenberg oder die Luhnsfelder Höhe in Ronsdorf bestehen bleiben konnten und nicht Baggern und Beton weichen mussten. Überhaupt war es für den GRÜNEN Umweltschutzdezernenten ein zentrales Anliegen, die Belange von Natur und Umwelt zu einem festen Bestandteil von städtischem Bauen und Planen zu machen. 1995 wurde Umweltschutz auf sein Betreiben hin im Rahmen der Verwaltungsreform zur Gemeinschaftsaufgabe aller Ressorts und Dezernate erklärt. Der in den 90er Jahren begonnene Agenda 21-Prozess war auch für Harald Bayer Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung und -planung. Ziel war eine ökologische und ökonomische Ausrichtung der Stadtpolitik unter Berücksichtigung der sozialen Bedürfnisse. Wichtig war ihm dabei stets, die BürgerInnen einzubeziehen.

Nicht immer folgte ihm die Stadtspitze. Das „Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung“ hat der Wuppertaler Rat zwar im Jahr 2004 beschlossen. Aber Oberbürgermeister Peter Jung hat nach seiner Wahl dafür gesorgt, dass die nachhaltige Stadtentwicklung hinter wirtschaftlichen Interessen immer wieder zurückstehen muss. Das ändert aber nichts an



den Erfolgen, die Harald Bayer in seinen 20 Jahren Amtszeit als Umweltschutzdezernent erreicht hat. Gemeinsam mit der GRÜNEN Fraktion rief er das Projekt zur Förderung der Landwirtschaft und zum Erhalt der Wuppertaler Kulturlandschaft ins Leben, brachte ein ambitioniertes ökologisches Abwasserbeseitigungskonzept auf den Weg und setzte sich für Bodenschutz und Altlastensanierungen (Varresbeck, Eskesberg...) ein. Besonders bei Kinderspielflächen und Kleingartenanlagen, aber auch in Wohngebieten zeigte sich, wie gesundheitsförderlich und ökologisch sinnvoll diese Maßnahmen waren. Harald Bayer ist weit über Wuppertals

Grenzen hinaus als Fachmann für kommunalen Umweltschutz bekannt. In der Abfallwirtschaft setzte er sich konsequent für wirksame Anreize zur Vermeidung und Verwertung von Müll ein und scheute auch keine Auseinandersetzung mit der städtischen Abfallwirtschaftsgesellschaft. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass Wuppertal einzigartige und innovative Projekte wie die „Leitlinie Wupper“ oder das „Freiraumprogramm Talachse“ bekam. Der Name „Harald Bayer“ steht daher auch für die Regionale 2006.

Wenn man Harald Bayer nach einem Rückblick auf die 20 Jahre fragt, fällt ihm stets auch ein Thema ein, das

noch immer aktuell ist: der Widerstand gegen das geplante Gewerbegebiet Kleine Höhe. Bis heute halten CDU, SPD und FDP munter an den Planungen fest, statt innerstädtische, ungenutzte Gewerbebrachen zu nutzen, diese naturnahe Fläche mitten im Grüngürtel der Stadt zuzubetonieren. Dies ist aus ökologischer und stadtentwicklungspolitischer Sicht nach wie vor unverantwortlich!

Vorreiter wird ausgebremst

Bereits Anfang der 90er Jahre war für Bayer klar, dass sich der Klimaschutz zu einer der dringlichsten Herausforderungen entwickeln würde. Nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ machte er Nägel mit Köpfen. Wuppertal trat 1991 als Gründungsmitglied dem „Klimabündnis der Europäischen Städte mit den einheimischen Völkern Amazoniens“ bei, konkrete weitere Klimaschutzkonzepte folgten: „CO₂-Minderungsprogramm“, „fifty-fifty Energiesparprojekt an Schulen“, Energiatische Energieberatung bei der Verbraucherzentrale Wuppertal – viele Grundsteine für eine ambitionierte und engagierte Klimaschutzpolitik, für die die Stadt Wuppertal 2003 als eine der ersten deutschen Städte mit dem „European Energy Award“ ausgezeichnet wurde. Heute ist nahezu weltweit unumstritten, dass der Umweltschutz existenziell für das Überleben der Menschheit ist. Ein solcher Prozess des Lernens und Umdenkens braucht Zeit und engagierte Persönlichkeiten, die entschlossen vorangehen – konkret und vor Ort. Harald Bayer ist einer von ihnen. Trotz aller Bemühungen sind wir allerdings noch weit entfernt von einer Gesellschaft, die Umweltschutz, Wirtschaft und soziales Leben nachhaltig und verträglich miteinander verbindet. Unverständlich und verheerend ist daher, dass die Mehrheits-

fraktionen von CDU und SPD 2008 beschlossen, das Umweltressort aus der Zuständigkeit Bayers herauszulösen und einem neuen Beigeordneten der SPD als zusätzliches Arbeitsfeld neben Bauen, Planen und Verkehr zu übertragen. Ein Rückschritt, mit dem der umweltpolitische Richtungswechsel in Wuppertal nicht drastischer hätte ausfallen können. Die große Kooperation von CDU und SPD verspricht sich davon weniger Konfliktpotenzial innerhalb der Stadtentwicklung und eine systematische Schwächung GRÜNER Politik. Die GRÜNEN befürchten, dass der Umweltschutz dadurch unter die Räder kommt. Erste Belege dafür gibt es: CDU, SPD und FDP haben die Satzung zum Schutz der Bäume gegen das entschiedene Votum des Umweltschutzdezernenten Bayer und der GRÜNEN abgeschafft, und sie machten den Weg frei für das Groß-Bauvorhaben des Landes auf Scharpenacken und die Naturzerstörung, die damit einhergeht. Eines der wertvollsten Biotope Wuppertals wurde ohne zu zögern geopfert.

Nun ist Bayer nur noch zuständig für das Ressort „Grünflächen und Forsten“, den Eigenbetrieb Straßenreinigung (ESW) und das Gesundheitsamt. Seine Klage gegen die Reduzierung seines Geschäftsbereiches war in erster Instanz leider erfolglos.

Noch Ende 2004 hat der Rat der Stadt Wuppertal Bayer mit einer saten fraktionsübergreifenden Mehrheit von über 70 Prozent der Stimmen bis 2013 wiedergewählt. Dies war sicherlich auch Ausdruck der Anerkennung seiner engagierten und erfolgreichen Arbeit. Wie dies nun mit dem Entzug des Umweltressorts zusammenpassen soll, bleibt das Geheimnis der Ratsmehrheit von CDU und SPD und lässt für die kommende Ratsperiode nach den Kommunalwahlen nichts Gutes ahnen.

Mit dem GRÜNEN New Deal aus den Krisen

von Sven Giegold; Wirtschaftswissenschaftler, Europakandidat von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Gründungsmitglied von Attac Deutschland

Die Globalisierung unserer westlichen Wirtschafts- und Konsumweisen ist in einem Desaster von Krisen stecken geblieben. In China, Indien, Brasilien und co. bildete sich eine wachsende Mittelklasse, die ähnlich viel konsumiert und verschmutzt, wie wir in den Industrieländern. Im letzten Jahr explodierten darauf nicht nur die Preise für Öl und Gas, sondern auch für Metalle und vor allem Nahrungsmittel. Die Armen verloren zunehmend ihr Recht auf Nahrung. Auch wenn die Preise inzwischen wieder gesunken sind, hat sich die Zahl der Hungernden weltweit dramatisch erhöht. Erstmals in der Geschichte der Menschheit hungern mehr als 1 Million Menschen. Die Ausweitung des konsumistischen Lebens- und Wirtschaftsmodells führt zudem in einen dramatischen Klimawandel, der große Teile des Planeten mit Hitze und Überflutung bedroht.

Gleichzeitig geht überall auf der Welt die Schere zwischen Arm und Reich

auseinander. Die Armen der Welt konkurrieren miteinander um die niedrigsten Löhne, während die Bestdienenden einen immer größeren Teil des weltweiten Reichtums auf sich vereinigen können. Zu guter letzt platzte im Herbst 2008 endgültig eine gigantische Spekulationsblase auf den internationalen Finanzmärkten. Während die Grenzen für Banken, Hedge-Fonds und andere Finanzakteure weltweit geöffnet wurden, blieben die ökonomischen Regeln weitgehend national und wurden sogar weiter dereguliert. Während die USA, Ost- und Südeuropa sich immer weiter verschuldeten, erzielten China, Japan und Deutschland gigantische Exportüberschüsse. Diese Ungleichgewichte sind nun ebenso geplatzt, was die Finanzkrise verschärft und zur tiefsten Wirtschaftskrise seit den 1920er Jahren gemacht hat.

Die Ideologie des Neoliberalismus, nach der kapitalistische Märkte mit wenigen staatlichen Regeln funktionieren können, ist im Scherbenhaufen von Krisen widerlegt worden. Nun muss es darum gehen, aus den Krisen mit einer Internationalisierung

von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Regeln wieder heraus zu kommen. Wirtschaftskrise und Klimakatastrophe dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir GRÜNEN fordern deshalb gemeinsam mit dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon einen Globalen GRÜNEN New Deal. Durch massive öffentliche und private Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien können wir neue wirtschaftliche Dynamik erreichen. Alleine in Europa streiten wir für Investitionen von 500 Milliarden Euro über die nächsten 5 Jahre in die grüne Wirtschaft, was 5 Millionen neue gute Arbeitsplätze schaffen würde. 1 Millionen Arbeitsplätze entstünden so alleine in Deutschland. Wir wissen allerdings, dass alle Anstrengungen für den Klimaschutz in Europa nicht fruchten werden, wenn die Entwicklungsländer nicht mitziehen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf Hilfe bei ihren Klimaschutzanstrengungen und bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels, den sie am allerwenigsten verursacht haben.

Damit eine solche Krise nie wieder entsteht, streiten wir außerdem für eine



Foto: Privat

konsequente Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Die Steueroasen müssen geschlossen werden. Banken müssen überall konsequent reguliert werden und ausreichend Eigenkapital aufweisen. Alle Spekulationsgeschäfte müssen mit einer umfassenden Europäischen Finanzumsatzsteuer besteuert werden. Das Geld kann dann zur Bekämpfung der Armut eingesetzt werden.

Zu unserem GRÜNEN New Deal gehö-

ANZEIGE

raußerdem Investitionen in soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Wir wollen mehr Geld in die Bildung investieren, einen übergreifenden Mindestlohn einführen und Hartz IV erhöhen. Falsch ist es dagegen, zig Milliarden im Rahmen des sogenannten Konjunkturprogramms in neuen Straßenbauprojekten und Steuersenkungen für Gutverdienende zu versenken. Das nützt auch nicht der Konjunktur. Unsere sozialen Investitionsprojekte nützen vor allem Frauen, die skandalöserweise nach wie vor 23 Prozent weniger pro Stunde verdienen als Männer.

Wir GRÜNEN sind überzeugt, dass Klimaschutz, Bildung und Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen die Grundlage für neue wirtschaftliche Dynamik sind. Als wirtschaftskompetent kann nach diesen globalen Krisen nicht gelten, wer den freien Märkten huldigt, sondern wer wie wir ökologisch investiert und die sozialen und ökonomischen Regeln europäisch und global verankern will.

Unterstützen Sie unsere europaweite Petition für einen „GRÜNEN New Deal“: <http://europeangreens.eu/petition/>

OHNE INVESTOR, OHNE STAATSGELD:

■ DER OSTERSBAUM HILFT SICH SELBST

Wie man mit Kreativität und ohne Abwrackprämie aus einer Krise heraus kommen kann, macht eine Stadtteilgenossenschaft im Ostersbaum vor. Einige engagierte Anwohnerinnen und Anwohner zählten letztes Jahr eins und eins zusammen: Es gibt viele (kleine) Arbeiten im Stadtteil zu tun, und es gibt Menschen im Ostersbaum, die Arbeit suchen.

Das müsse man doch übereinander bekommen, ohne gleich eine Firma zu gründen. So entstand die Genossenschaft Elberfeld Ostersbaum eG, kurz GEOS. Aus einer pragmatischen Idee geboren, ging GEOS letzten Sommer dann an den Start, nachdem zunächst einige bürokratische Hürden zu nehmen waren. GEOS hat inzwischen vier festangestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von weiteren helfenden Händen unterstützt werden. Das zeigt:

Die Entscheidung war richtig, auch wenn erst einmal Mut dazugehörte. Warum wir über eine kleine Genossenschaft berichten? Weil der Ostersbaum ohne Großkapitalgeber auskommt und trotzdem etwas für die Menschen tut und für mehr Beschäftigung sorgt. Statt eines Investors haben viele Menschen mit kleinen Beträgen den finanziellen Grundstock für das „Unternehmen“ gebildet. In erster Linie waren es Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils, die mit einem Anteil von je 200 Euro dazu beitragen wollten, dass Menschen aus der Nachbarschaft Arbeit haben. Es sind meist kleine Aufgaben, die zu tun sind, aber in einer großen Bandbreite. GEOS bietet alle Arbeiten rund um Haus und Wohnen zu fairen, erschwinglichen Preisen an. Da gibt es die ältere Dame,

die glücklich ist, jemanden zu haben, der oder die jetzt den Einkauf für sie erledigt. Oder die Hauseigentümerin, die endlich Unterstützung für die Gartenarbeit gefunden hat – einfach nur Rasenmähen, ohne dass jemand gleich den gesamten Garten neu gestalten will. Aber auch die Rodung ganzer Gartenflächen oder Komplettrenovierungen gehören zu den Aufträgen von GEOS.

Die Menschen im Ostersbaum haben GEOS angenommen, die Genossenschaft ist ein Gewinn für den gesamten Stadtteil. Wer möchte, kann natürlich immer noch einsteigen. Anteilsscheine im Wert von 200 Euro werden genau so gern verkauft wie neue Aufträge angenommen.

Mehr Informationen können Sie auf der Internetseite www.geos-eg.de oder telefonisch unter 0202 4962025 erfahren.



Foto: Privat

EIN HALBES JAHRHUNDERT ERFOLGREICHE ARBEIT

■ VERBRAUCHERZENTRALE WUPPERTAL WICHTIGER DENN JE



Foto: Privat, Sylvia Löhrmann (links) und Gerta Siller

Seit 50 Jahren schon gibt es die Verbraucherzentrale in unserer Stadt. Das sind 50 Jahre erfolgreiche Beratung der Wuppertaler VerbraucherInnen, ein halbes Jahrhundert engagierte, kompetente und unabhängige Arbeit. Die Anforderungen an die Verbraucherzentrale haben sich im Laufe der Zeit mit immer neuen Herausforderungen gewandelt. Mit einem höheren Lebensstandard sind die Bedürfnisse der VerbraucherInnen nach qualifizierter Beratung gestiegen. Heute, in Zeiten von Globalisierung, elektronischer Kommunikation, nerviger Telefonwerbung und gefährlichen Schuldenfallen ist sie aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Ob Abfall- oder Energieberatung, Tipps zur gesünderen Ernährung oder schad-

stofffreiem Wohnen, Schuldner- oder Einkaufsberatung – die Themen der Verbraucherzentrale sind äußerst vielfältig. Auch wehren kann man sich mit Hilfe der Verbraucherzentrale besser. Oft kann eine starke Organisation mehr ausrichten als eine Einzelperson.

Schutzschirm für VerbraucherInnen
Eins der aktuellen Themen ist die globale Finanzmarktkrise, die auch WuppertalerInnen ganz konkret betrifft. Die Weltwirtschaftskrise hat nicht nur Banken und Unternehmen in den Abgrund gestürzt, sondern auch viele Menschen, die sich von dubiosen oder unseriösen FinanzberaterInnen zu Risikogeschäften haben verleiten lassen und nun ihr Ersparnis verloren haben. Spätestens jetzt, in der Krise, muss

allen klar sein: Gerade bei Finanzdienstleistungen ist eine unabhängige Beratung unverzichtbar.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW hat anlässlich des Weltverbrauchertags im März darauf hingewiesen, wie wichtig unabhängige Kontrollen des Finanzmarkts, eine starke VerbraucherInnenberatung, umfassende Transparenz und Information sowie stärkere VerbraucherInnenrechte sind. Dazu zählt auch ein unabhängiger Finanzmarkt-TÜV.

Bei einem Besuch in der Wuppertaler Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW am 17. März sprachen sich Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Landtagsfraktion, und Gerta Siller, Fraktionssprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion, für die Stärkung der Verbraucherzentralen aus. „In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise“, so die beiden GRÜNEN Frontfrauen, „kommt es auf gut informierte VerbraucherInnen an. Denn der Finanzmarkt ist intransparent und die Banken beraten oft unzureichend oder sogar falsch.“

Die VerbraucherInnen sind diesen Praktiken zum Teil hilflos ausgesetzt und wenden sich in der Hoffnung auf unabhängige Beratung immer häufiger an die Verbraucherzentralen. Nicht nur Banken und Unternehmen brauchen einen Schutzschirm, auch die BürgerInnen!

Die GRÜNEN setzen sich für einen stärkeren Verbraucherschutz und eine solidere Finanzierung der Verbraucherzentralen in NRW ein. Denn personell sind die Beratungsstellen sehr knapp ausgestattet und können den Bedarf an Beratungswünschen kaum noch bewältigen. Ein löchriger Schirm hilft nicht viel weiter.

LOHNGERECHTIGKEIT FÜR FRAUEN

■ GRÜNE THEMATISIEREN ZUM EQUAL PAY DAY DEN MINDESTLOHN

„Frauen verdienen 100 Prozent“ lautete die Forderung der GRÜNEN Ratsfraktion Wuppertal zum „Equal Pay Day/Tag der Entgeltgleichheit“ am 20.3.2009. Die GRÜNEN fordern, das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern schnellstmöglich abzubauen.

Aktuelle Zahlen belegen: die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern liegen in der Europäischen Union bei 17 Prozent.

Deutschland klebt mit 23 Prozent Lohnunterschied erneut auf einen der hintersten Plätze. Und das, obwohl in den Römischen Verträgen schon vor 52 Jahren der Grundsatz der Lohngleichheit festgeschrieben wurde.

Eine Ursache dafür ist, dass Frauen häufig teilzeitbeschäftigt sind und in Niedriglohnbranchen arbeiten, die als typisch weiblich gelten, zum Beispiel in Pflegeberufen oder im Dienstleistungsbereich.

Die Diskriminierung von Frauen bei der Entlohnung und überhaupt am Arbeitsmarkt ist nicht nur ungerecht, sondern steht auch einer zukunftsfähigen Wirtschaft in Deutschland im Weg. Denn jeder kluge Kopf wird gebraucht. Wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen, können wir es uns nicht leisten, auf das Potenzial der Frauen zu verzichten.



Warum z.B. bleiben die Männer in den Führungsriege der Freien Wirtschaft unter sich, obwohl es längst erwiesen ist, dass gemischte Teams bessere Arbeitsergebnisse erbringen. Im Niedriglohnbereich gibt es hingegen einen

Frauenanteil von 70 Prozent.

Anlässlich des diesjährigen Equal Pay Days am 20. März 2009 wappneten sich Frauen mit roten Taschen gegen rote Zahlen. Sie sind das Symbol für

den Protest gegen die Diskriminierung der Frauen bei der Entlohnung. Wer sie an dem Tag öffentlich trägt, steht für Protest gegen die fehlende Lohngerechtigkeit. Sie verdeutlicht, dass Frauen im wahrsten Sinne des Wortes

weniger in der ‚Tasche‘ haben als ihre männlichen Kollegen. Sie steht auch für den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen, statistisch gesehen, umsonst arbeiten, dieses Jahr war das bis zum 20. März. Das Motto „Wer etwas ändern will, muss auch handeln“ gilt dabei insbesondere für die Bundesregierung. Die EU will jetzt endlich gesetzliche Regelungen prüfen.

Die extremen Lohnunterschiede in Deutschland sind sehr komplex, sie haben nicht nur eine einzige Ursache. Im Wesentlichen gehen sie aber auf die Zuschreibung traditioneller Geschlechterrollen zurück.

Darum brauchen wir auch eine Vielzahl an Maßnahmen, z.B. eine geschlechtergerechte Leistungsbewertung, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und nach norwegischem Vorbild eine Quote für die Aufsichtsräte. Frauen sind durch die Lohndiskriminierung und ihre geringeren Verdienste oft nicht in der Lage, sich ausreichend sozial abzusichern. Eine Ausschussanhörung im Bundestag, die auf Initiative der GRÜNEN im Januar stattfand, machte deutlich, dass ein zielgenaues Instrument für Frauen unbedingt gebraucht wird: der gesetzliche Mindestlohn. Von ihm würden vor allem Frauen profitieren, nämlich jede fünfte Erwerbstätige.

GASTBEITRAG: NORDBAHNTRASSE – WUPPERTALBEWEGUNG WIRD BAUHERRIN

VON JENS WILHELM, SCHRIFTFÜHRER DER WUPPERTALBEWEGUNG

Am 20. März teilten die Stadt und der Verein Wuppertalbewegung (WTBW) in einer gemeinsamen Presseerklärung mit, dass das Projekt Nordbahntrasse unter Leitung des Vereins verwirklicht werden wird. Laut Westdeutscher Zeitung vom selben Tage freut sich OB Jung „riesig,... dass wir jetzt zusammen in die Umsetzungsphase dieses genialen Projektes einsteigen“. Vorausgegangen waren allerdings längere Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Stadtverwaltung und den Vertretern der WTBW um die Gutachten zu Natur- und Artenschutz sowie zur Tunnelsicherheit. Der Fight um die Entwicklungsplanung erinnerte dabei zuweilen an den Sagenschatz der griechischen Mythologie. Denn kaum schien das Monster Verkehrswegesicherheit planungsmäßig und argumentativ niedrigerungen, erhoben sich hydraköpfig immer neue Einwände. Kurz: Teile der Stadtverwaltung machten Risiken geltend, die sie letztlich davon abgehalten hätten, die bereits zugesagten Fördermittel für den Umbau der Trasse in Düsseldorf abzurufen.

Die Stadt als Unternehmerin? – Fehlanzeige

Am Beispiel Nordbahntrasse wird deutlich, dass sich derartige Projekte nicht nur aus Geldmangel nur mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger verwirklichen lassen. Nach kostspieligen Erfahrungen beim Cross Border Leasing scheut die Kommune jedes unternehmerische und planerische Risiko und verlagert dieses auf den Verein. So hat die Trassengesellschaft bereits Verhandlungen mit Versicherern aufgenommen, die bereit sind, Versicherungsmodelle für



Bau und Betrieb der Trasse zu entwickeln und die dies als wegweisend für die Branche ansehen.

Mit dem Durchführungsbeschluss vom 30. März und der Gründung der Trassengesellschaft durch die WTBW Anfang April kann nun mit der Ausführungsplanung begonnen werden. Das erste Teilstück, das Gegenstand dieser Planung ist, befindet sich zwischen Ostausgang Tunnel Rott und Ostersbaum.

Die Trassengesellschaft, der Archi-

itekten und Landschaftsplaner aus den Reihen des Vereins zuarbeiten, wird ebenso für die Ausschreibung der Bauarbeiten zuständig sein. In wie weit europaweit ausgeschrieben wird, ergibt sich aus der zu erstellenden Ausführungsplanung.

Wie „grün“ wird die Trasse?

Da dieser Beitrag in einer Publikation der Grünen erscheint, soll natürlich die Frage beantwortet werden, was ökologisch bei dem Projekt herkommt.

Erinnern wir uns: Die Nordbahntrasse überwucherte in zwölf Jahren völlig, bis im Februar 2006 21 Bürgerinnen und Bürger aus verschiedensten Berufen eine Initiative zur Umwandlung der Nordbahntrasse in einen Fuß- und Radweg gründeten, darunter Rentner und Pensionäre, ehemalige Spezialisten im Baubereich. Dieser Verein, die „WupperTALbeWEGung“ nahm sich vor, ohne finanzielle Mittel der Stadt, aber mit politischer Unterstützung aller Fraktionen, den Umbau und die Ret-

tung der Strecke selbst in Angriff zu nehmen. Anlass hierfür waren neben dem Erhalt stadtbildprägender Bauwerke vor allem ökologische Aspekte.

Erwünschte Effekte

Politik, Medien, Unternehmen, Schulen und Bevölkerung versprechen sich vom Projekt Nordbahntrasse eine Belebung der Stadt. Wegen ihrer Topografie ist die Stadt Wuppertal zum Radfahren ungeeignet. Wer gerne radelt und das Geld hat, steigt mit dem Fahrrad in den Zug nach Düsseldorf oder schnallt die Räder aufs Auto. Wenn all diese Menschen nicht mehr wegfahren müssen, um Freizeit zu erleben, schont das die Umwelt und erhält der Stadt Kaufkraft. Bei geschätzten 30.000 Nutzerinnen und Nutzern der Strecke pro Tag, die dort zur Schule oder Arbeit radeln oder laufen, werden tausende Tonnen CO₂ eingespart. (Unter anderem wurden von Freiwilligen im Rahmen der Aufräumarbeiten 150 Kubikmeter Müll von der Trasse geräumt.) Regional entsteht eine Circle Line, die das Ruhrgebiet und das Rheinland mit Wuppertal als Lückenschluss verbindet. Diese „Fahrradbahn“ ist größtenteils steigungsfrei und einmalig in Deutschland. Wuppertaler Wohnungsbauvereine weisen schon jetzt Wohnungen, die an der Trasse liegen, als besonders attraktiv aus und täuschen sich dabei nicht. Aus Sicht des Vereins liegt gerade an der Trasse eine Chance für das Erleben von Natur für Jung und Alt.

Fragen zur Trasse?
info@wuppertalbewegung.de

GRÜNE KLAGEN AUF VERSCHIEBUNG

KEINEN GESONDERTEN KOMMUNALWAHL-TERMIN!

Auf Landesebene arbeiten GRÜNE und SPD gut zusammen, gemeinsam haben sie jetzt Klage gegen den Kommunalwahltermin am 30. August 2009 beim Landesverfassungsgerichtshof Münster eingereicht. Schon gegen die Durchführung der Kommunalwahl am Tag der Europawahl am 07. Juni waren beide Parteien dort erfolgreich. Nach derzeit gültigem Recht wäre der frühest mögliche Kommunalwahltermin der 27. September 2009.

Das ist praktischerweise genau der Tag der Bundestagswahl. Einmal ins Wahllokal, zwei Wahlen mit einem Streich. Das würde erstens – wegen der Bundestagswahl – eine hohe Wahlbeteiligung auch für die Kommunalwahl bedeuten und zweitens Kosten sparen. Denn so eine Wahl kommt die Stadt teuer zu stehen, also besser eine als zwei.

Nun soll die Kommunalwahl aber schon vier Wochen vorher stattfinden, so will es die Landesregierung. Sie hat die Klage von Landes-GRÜNEN und -SPD damit provoziert. Sie nimmt zudem eine niedrige Wahlbeteiligung in Kauf. Die Legitimation der neu gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wird so bewusst geschwächt. Die Landesverfassungsrichter haben in ihrem Urteil vom 18. Februar genau darauf hingewiesen, dass es gerade auf eine möglichst hohe Wahlbeteiligung und damit eine möglichst hohe Legitimation ankommt. Genau dies wollen



Wahlkreis	GRÜNE	SPD	andere Parteien
11104	38,0%	38,0%	24,0%
11105	38,0%	38,0%	24,0%
11106	38,0%	38,0%	24,0%
11107	38,0%	38,0%	24,0%
11108	38,0%	38,0%	24,0%
11109	38,0%	38,0%	24,0%
11110	38,0%	38,0%	24,0%
11111	38,0%	38,0%	24,0%
11112	38,0%	38,0%	24,0%
11113	38,0%	38,0%	24,0%
11114	38,0%	38,0%	24,0%
11115	38,0%	38,0%	24,0%
11116	38,0%	38,0%	24,0%
11117	38,0%	38,0%	24,0%
11118	38,0%	38,0%	24,0%
11119	38,0%	38,0%	24,0%
11120	38,0%	38,0%	24,0%

GRÜNE jetzt erreichen, deshalb hat die Landtagsfraktion sich erneut zur Klage entschieden.

Die GRÜNE Fraktion in Wuppertal freut sich, dass der Wuppertaler OB-Kandidat der SPD, Dietmar Bell, die Klage ebenso unterstützt wie der bündnisgrüne Stadtverordnete und OB-Kandidat Lorenz Bahr.

Die Ratsfraktion der GRÜNEN hat eine Resolution für den Rat am 30.03.2009 eingebracht. Deren Kernaussage lautet: Der einzig sinnvolle und verfassungsrechtlich unbedenkliche Termin für die Kommunalwahl bleibt der 27. September. Der 30. August liegt vier Wochen vor der Bundestagswahl am 27. September 2009 und zwei Wochen nach

den Schulferien. Der geplante Wahltermin bringt für die WählerInnen und für diejenigen, die die Wahlen durchführen müssen, erhebliche Belastungen mit sich.

So finden dann innerhalb von drei Monaten drei Wahltermine statt. Die Resolution wurde von CDU und SPD in der Ratssitzung am 30. März 2009 für erledigt erklärt. Die Begründung: die Resolution sei überflüssig, da ja nun eine Klage gegen den Termin eingereicht sei.

Die GRÜNEN haben allerdings eher den Eindruck, dass die SPD eingeknickt ist, weil ihr Kooperationspartner CDU eine Zustimmung zum GRÜNEN Antrag nicht zugelassen hat.

IKEA KOMMT NACH WUPPERTAL

In Wuppertal einzukaufen, ist etwas Besonderes. Zumindest ist für jede und jeden etwas dabei. Wer die kleinen, individuellen Läden schätzt, den wird es wahrscheinlich ins Luisenviertel verschlagen. Wer eher die großen Warenhaus- oder Modeketten bevorzugt, findet sie in den Innenstädten von Elberfeld und Barmen.

Drinne oder draußen, auf den Flaniermeilen oder in überdachten Shoppingcentern. Aber wenn es ums Möbel kaufen geht, fahren doch viele nach Düsseldorf in die nächste Ikea-Filiale. Auch das Regionale Einzelhandelskonzept Bergisches Städtedreieck enthält die Aussage, dass es in der Angebotspalette für die BürgerInnen im Segment Möbel noch Nachholbedarf gibt. Darauf ist die schwedische Möbelhauskette Ikea aufmerksam geworden und plant offenbar, in der bergischen Metropole eine Filiale zu eröffnen. Die GRÜNE Ratsfraktion begrüßt diese Überlegungen von Ikea Deutschland. Wir GRÜNEN würden uns freuen, wenn die Wuppertalerinnen und Wuppertaler – und gern auch viele weitere Menschen – ihre Möbelanschaffungen hier tätigen würden, anstatt ihr Geld in Düsseldorf zu lassen. Nachdem es zuerst Überlegungen gab, als Standort die Südhöhen zu wählen, verdichten sich jetzt die Informationen, dass Ikea die Nordhöhen bevorzugt, und zwar entweder die Fläche, auf der zurzeit noch die Fertighausausstellung ihren

Sitz hat, oder angrenzend. Das bedeutet, dass sich mehrere Seiten einigen müssen – naturgemäß eine Herausforderung, der man sensibel begegnen muss.

Die GRÜNEN plädieren deshalb für ein moderiertes Beteiligungsverfahren unter der Leitung eines erfahrenen Mediatoren oder einer Mediatorin. Es gilt, alle Beteiligten – VertreterInnen der Fertighausausstellung, vorhandener Gartenbaufirmen, der Umweltverbände und nicht zuletzt der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner sowie natürlich von Ikea – an einen Tisch zu holen. Bei Investitionsverfahren dieser Größenordnung treten unweigerlich Interessenkonflikte auf. Ziel sollte sein, diese auszuloten und die Interessen aufeinander abzustimmen. Diesen Vorschlag stellten die GRÜNEN in Form eines Ratsantrags am 30.03.09 zur Abstimmung.

Bürgerbeteiligung unerwünscht

Aber Bürgerbeteiligung war mit CDU und SPD nicht zu machen, sie lehnten den Antrag ab. Das galt schon beim Bürgerhaushalt wie jetzt beim Planungsverfahren. Glücklicherweise haben die BürgerInnen selbst Gelegenheit, sich zu beteiligen, je mehr, desto besser: bei der Kommunalwahl nach den Sommerferien. Wir sind gespannt, ob sich nach der Kommunalwahl noch ein erneuter Versuch für ein moderiertes Beteiligungsverfahren zur Ikea-Ansiedlung starten lässt.

RATSCHRONIK 30.03.2009

42,5 Millionen Euro für die Konjunktur

Diese Summe steht der Stadt im Rahmen des Konjunkturpaketes II zur Verfügung, vor allem für die Sanierung von Gebäuden. Nach dem Willen der Verwaltung sollen davon aber nur städtische Einrichtungen profitieren, keine von freien Trägern. Um letztere auch zu berücksichtigen, stellte die GRÜNE Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag. Im Vorfeld der Ratssitzung hatten bereits viele nicht-städtische Schulen gegen die rein städtische Vergabe der Mittel protestiert. Einigen GRÜNEN Forderungen gaben CDU und SPD nach, leider nicht allen. Aber zumindest die „Ersatzschulen“ haben nun eine Chance.

Noch mehr Stadtschulden?

Trotz aller Bundeshilfen sind neue Schulden wegen der schwachen Konjunktur zu befürchten. Die Verwaltung traut sich dies zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht, sie genauer einzuschätzen.

Lungenkrebs-Risiko in städtischen Gebäuden?

Das natürliche radioaktive Edelgas Radon kommt deutschlandweit in Böden und Gesteinen in unterschiedlichen Konzentrationen vor und kann

zu einem erhöhten Lungenkrebsrisiko führen. Auch in Wuppertal wurden teilweise erhöhte Radon-Belastungen festgestellt. Seit 2007 gibt es eine Kartierung mit Empfehlungen (www.wuppertal.de). Ein Gutachten hat jetzt die Belastungen öffentlicher Gebäude genauer untersucht. Die GRÜNEN fragten nach, welche konkreten Maßnahmen die Verwaltung ergreifen will.

Hinweisschilder zum Skulpturenpark

Der Skulpturenpark Tony Cragg ist eine kulturelle Bereicherung und erfreut sich großen öffentlichen Interesses. Damit ihn auch Auswärtige problemlos finden können, forderten die GRÜNEN Anfang Januar städtische Hinweisschilder. Dieselbe Idee hatte die Verwaltung zeitgleich – Antrag erledigt.

Zukunft der Ohligsmühle

Zur geplanten Bebauung der Ohligsmühle in Elberfeld beantragten die GRÜNEN ein moderiertes Verfahren der Bürgerbeteiligung. CDU und SPD stimmten gegen den Antrag nach dem Motto: Investoren ja, BürgerInnen nein.

Erfolgreicher Protest für die Soziale Stadt?

Auf Initiative der GRÜNEN Ratsfraktion



stellten CDU, SPD und GRÜNE gemeinsam den Antrag an den Rat, sich der Resolution „Leben für unsere Stadtteile“ anzuschließen. GRÜNE haben sich an verschiedenen Protestaktionen gegen die Mittelkürzungen des Landes bei den Städtebaufördermitteln beteiligt. Der Rat beschloss die Resolution einstimmig. Der dauerhafte Protest der Wuppertaler Freien Träger schien zunächst Erfolg zu haben: Am 17.03.2009 knickten die Landtagsfraktionen von CDU und FDP ein und sagten die zwei Mio. Euro für die Soziale Stadt Wuppertal mündlich zu. Wie sich jetzt herausstellte, waren das nur Nebelkerzen, die Finanzierung ist

nach wie vor nicht sicher.

Gemeinsames Lernen mit und ohne Behinderung

Kinder mit einer Behinderung haben ein Recht darauf, gemeinsam mit anderen Kindern aufzuwachsen, besagt eine UN-Konvention. Um diese auf die kommunale Ebene zu holen, beantragte die GRÜNE Ratsfraktion, die Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf in Regelschulen bis 2012 zu verdoppeln. Durch mehr gemeinsamen Unterricht sind außerdem weniger Förderschulplätze nötig. Leider hat sich der Rat der Stadt Wuppertal mit den Stimmen von CDU und SPD als Schul-

träger für dieses Thema nicht zuständig erklärt und lehnte den GRÜNEN Antrag ab.

Ikea in Wuppertal

Die GRÜNEN begrüßen die Planungen einer IKEA-Filiale in Wuppertal. Mehr Geld für Möbel bliebe in unserer Stadt, weniger flöse nach Düsseldorf. Wichtig ist aber auch ein transparentes und abgestimmtes Planungsverfahren unter Beteiligung von IKEA, der Fertighausausstellung, des anliegenden Einzelhandels und der AnwohnerInnen. Der GRÜNE Antrag dazu wurde von CDU und SPD in der Ratssitzung abgelehnt.

Extratermin für die Kommunalwahl ist falsch

Der NRW-Innenminister besteht auf einem separaten Kommunalwahltermin am 30. August 2009 – vier Wochen vor der Bundestagswahl am 27. September. Das kommt Wuppertal teuer zu stehen und senkt vermutlich die Wahlbeteiligung. Neben einer Klage von GRÜNEN und SPD im Landtag gegen diesen Termin sollte Wuppertal das Anliegen mit einer eigenen Resolution für den Wahltermin 27. September, eingebracht von den GRÜNEN, untermauern. Mit Verweis auf die Klage „erledigten“ CDU und SPD den Antrag.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ KLEINE KIPPE MIT GROSSER WIRKUNG

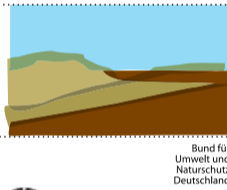


Foto: Shutterstock

Wenn die Industrie es nicht hinbekommt, endlich Geräte ohne Standby-Funktion auf den Markt zu bringen, helfen wir uns eben selbst. Und das ist ganz einfach: Fernseher, HiFi-Geräte, Deckenfluter & Co. einfach an eine Steckdosenleiste mit Kippschalter anschließen. Ein Schalter, alles aus. Auch noch im Ruhezustand für Geräte, die wir nicht nutzen, zu zahlen – die Zeiten sind nun wirklich vorbei. Energie sparen und Klima schützen, das gehört heute zum Alltag. Die Steckdosen eignen sich übrigens auch hervorragend fürs Büro! Weitere Infos: Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Wuppertal, Schloßbleiche 20, Tel.: 0202/447732

BÜRGERINITIATIVE

Landschaftsschutzgebiet Fettenberg-Deilbachtal



EINLADUNG **BUND**
FREUNDE DER ERDE

**NEIN ZUR INDUSTRIELLEN AGRARWIRTSCHAFT
JA ZU NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ
KEINE MASSENTIERANLAGE IM DEILBACHTAL**



DIE BÜRGERINITIATIVE LÄDT EIN ZU EINER INFORMATIONSVERANSTALTUNG

SIE ALS INTERESSIERTE BÜRGERINNEN UND BÜRGER KÖNNEN FRAGEN STELLEN, MITDISKUTIEREN UND IHRE MEINUNG SAGEN.

20. MAI 2009, 19.00 UHR

KATHOLISCHE KIRCHENGEMEINDE ST. MARIA HILF, HÖHENWEG 58, 42111 WUPPERTAL

Um alle auftretenden Themen, Bedenken, Anregungen und Fragen besprechen zu können, haben wir eingeladen:

- Johannes Rimmel, MdL NRW, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Ingo Gödeke, BUND Karlsruhe
- Jörg Liesendahl, BUND Wuppertal
- Dr. Hanspeter Ammann, Mediziner
- Herr Kamp, Landwirtschaftskammer NRW
- VertreterInnen der Bürgerinitiative Landschaftsschutz Fettenberg Deilbach
- Prof. Dr. Hans J. Lietzmann, Politologe, Berg. Universität Wuppertal
- VertreterInnen der ökologischen Landwirtschaft (angefragt)

Moderation: Corinna Schlechtriem, Journalistin // Eröffnung durch die BürgerInneninitiative

Grußwort: Lorenz Bahr, Bürgermeister der Stadt Wuppertal, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

WIR FREUEN UNS ÜBER IHRE TEILNAHME AN DER DISKUSSION!

Spendenkonto: Scherbel Bürgerinitiative Fettenberg-Deilbach Stadtparkasse Wuppertal
BLZ 33050000 Kto-Nr.: 1357466

V.i.S.d.P.: Claudia Eckern, Fettenberger Weg 91, 42553 Velbert, www.fettenberg.de

Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt



■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.